

Frage des Tages

Steht mit den Spital-Hochhäusern das historische Stadtbild auf dem Spiel?

Der Heimatschutz sieht mit Spitalhochbauten das historische Stadtbild in Gefahr. Sind Sie gleicher Meinung? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Muss der Kanton Baselland die Gelder für Berater kürzen?



Heimatschutz will bis vor Bundesgericht

Die Mitglieder fürchten um das historische Stadtbild von Basel, falls die Spital-Hochhäuser realisiert werden



Künftige Rheinfront. Links im Bild das erste von zwei geplanten neuen Spitalhochhäusern, rechts das Biozentrum. Visualisierung Giuliani, Hönger Architekten

Von Franziska Laur

Basel. Es brodelt die Emotionen im jahrhundertealten Refektorium Kleines Klingental am Unteren Rheinweg. Nach einem Referat zum Thema Hochbauten von Uta Feldges war offensichtlich, dass die rund 100 Anwesenden über die geplanten Hochhäuser des Projekts Klinikum 2 äusserst unglücklich sind. Mehrere kündigten an, erbitterten Widerstand gegen das von der Spitalverwaltung geplante und vom Regierungsrat gestützte Projekt zu leisten.

Uta Feldges wies auf einen Vertragsbruch in diesem Zusammenhang hin. Regierung und Denkmalschutz hätten den Konsens ausgehandelt, dass keine Hochbauten innerhalb der Stadtmauern aus dem 14. Jahrhundert gebaut werden dürfen. «Wenn die Türme beim geplanten Spitalneubau realisiert werden, wird einer im Garten vor dem Markgräferhof zu stehen kommen», sagte sie. «Unser historisches Stadtbild

steht auf dem Spiel.» Der Heimatschutz sei jedoch entschlossen, in irgendeiner Form zu agieren. «Mit einem Referendum oder einer juristischen Klage.»

Druck für die Zusammenarbeit

In der anschliessenden Diskussion wurde deutlich, dass die Anwesenden gelinde gesagt entrüstet über die Neubaupläne sind. «Gibt es keine Massstäblichkeit in Bezug auf die Altstadt?», fragte eine Dame. Sie habe über zwei Jahrzehnte in Berlin gelebt und dort wäre so etwas unmöglich. «Weshalb muss ein solches Riesenspital in der Altstadt stehen?», fragte eine andere Dame.

Uta Feldges wusste darauf keine Antwort, sie gab jedoch zu verstehen, dass man auf die Regierung Druck machen müsse, damit enger mit dem Kanton Baselland zusammengearbeitet werde. «Es kann ja nicht sein, dass wir auf dem Bruderholz und in der Stadt je ein grosses Spital haben.» Sie stelle

zwar den Spitalstandort am jetzigen Ort nicht grundsätzlich infrage. Sie sei jedoch der Meinung, dass ein Bau ohne Türme durchaus genügen würde und man die eine oder andere Abteilung auch aufs Bruderholz auslagern könnte. «Es wäre an der Zeit, dass man die zwei Gesundheitsdirektionen nachdrücklich auffordert, zusammen zu planen.»

Sie erwähnte auch einen Artikel aus der NZZ am Sonntag vom 5. April. Dort war zu lesen, dass die grossen Schweizer Universitäts- und Zentrumsspitaler lediglich zu 82 Prozent ausgelastet seien. Erwähnt wurde auch das Basler Universitätsspital. «Das heisst also, dass es auch bei uns zu viele Spitalbetten gibt», sagte Feldges. Und unter diesen Umständen wolle man künftig gar noch aufstocken. «Für die Bedürfnisse würde es ohne Hochhaus gut reichen, aber nicht für die Gier», meinte ein Votant.

Eine andere Stimme versuchte, etwas Druck wegzunehmen: «Man sollte die Entwicklung nicht nur kritisie-

ren. Es ist auch ein Glück, an dieser Stelle ein Spital zu haben.» Dem pflichtete Uta Feldges zu. Sie betonte allerdings, dass es bezüglich Planung einigen Spielraum gebe und es nicht nötig sei, auf dem engen Altstadtareal gleich zwei Hochhäuser zu bauen. Das Siegerprojekt der Architekten Giuliani Hönger sieht vor, die zwei Türme in Etappen zu erstellen. «Wir dürfen nun nur nicht in Versuchung kommen, das ganze Spital zu verhindern. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, die zwei Türme zu Fall zu bringen», brachte es eine Dame auf den Punkt. Man müsse darauf bestehen, dass es auch kleiner gehe.

Baudenkmäler werden bedrängt

Wie Mathias Feldges im Anschluss der Veranstaltung der BaZ gegenüber sagte, werde man sich gegen diese zwei Hochhäuser entschieden wehren. Feldges sass zwischen 1984 und 1997 für die Sozialdemokraten im Regierungsrat. Zuvor war er als Grossrat in der

«Campus Gesundheit»

Basel. Der Grosse Rat beschliesst noch im Mai über den Bebauungsplan «Campus Gesundheit» und damit über einen Hochhausneubau für das Universitätsspital. Der Bebauungsplan sieht ein Baufeld am Petersgraben mit dem neuen Bettenhochhaus sowie weiteren Gebäuden vor. Die beiden vorbereiteten Kommissionen stimmten ihm ohne Gegenstimme zu. Sie erachten die Weiterentwicklung des Spitals an seinem historisch gewachsenen Ort als sinnvoll; eine gewisse Beeinträchtigung der Stadtsilhouette durch ein Hochhaus am Rande der Altstadt sei nicht zu vermeiden. Geplant ist, in einer späteren Etappe ein zweites Hochhaus zu erstellen. Einige Politiker und der Heimatschutz sind enttäuscht, dass sich die Jury vor zwei Jahren für das Projekt der Zürcher Architekten Giuliani Hönger und nicht für das zweitplatzierte von Herzog & de Meuron entschieden hat. Dieses wäre nämlich ohne Türme ausgekommen. #1

Denkmalkommission vertreten. Damals habe man ins Gesetz aufgenommen, dass die alten Bauten geschützt werden sollen. Das geplante Spitalprojekt bedränge nun mit seinem riesigen Umfang grossartige Baudenkmäler wie die mittelalterliche Predigerkirche und das Barockschloss Markgräferhof, deren Umgebungsschutz gesetzlich garantiert sei. Nun solle dies alles obsolet werden. «Das werden wir bekämpfen – wenn nötig, bis vor Bundesgericht.» Feldges zeigte sich überzeugt, dass Regierung und Stadtverwaltung mit diesem Turmprojekt nicht durchkommen werden.

Die Erneuerung des Klinikums 2 soll etappenweise bei laufendem Betrieb erfolgen und bis 2028 realisiert sein.

Schockstarre im Baselbiet nach Berater-Affäre

Parteien kritisieren Regierung verhalten, fordern aber Antworten zur Vergabe von Aufträgen an externe Berater

Von Daniel Wahl

Liestal. Falschverbuchungen, fehlendes Controlling bei Beraterhonoraren, Kompetenzüberschreitungen von Verwaltungsangestellten, mangelnde Effizienz und das bei Ausgaben in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Franken: Die Enthüllungen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über den Umgang mit Beraterhonoraren im Kanton Baselland hat das Potenzial, ein handfester Skandal zu sein. Bei 60 Prozent aller Stichproben bei den Beratungsbüros, so der Bericht der GPK, sind Mängel festgestellt worden. Auf die GPK-Kritik reagierte Isaac Reber im Namen der Basel-

bieter Regierung umgehend in fülligen Worten, man sei zum Inhalt nicht befragt worden. Zusammengefasst: Die Regierung wurde nicht eingeladen, um zusammen mit der Kommission den Bericht frisieren zu können.

Nach Rücksprache mit mehreren GPK-Mitgliedern zeigt sich aber, dass das Dokument kein Schnellschuss ist. Aufgrund der Brisanz der enthaltenen Aussagen, die die Arbeitsgruppe um Präsident Hanspeter Weibel zu Papier gebracht hatte, haben Mitglieder, die nicht im Ausschuss beteiligt waren, die Finanzkontrolle ausgiebig befragt: «Man ist das Dokument durchgegangen und hat die einzelnen Aussagen und Erkenntnisse validieren lassen», sagt GPK-Mitglied und FDP-Landrat Balz Stückelberger. Schliesslich wurde der Bericht, wie er vorliegt, von der 15-köpfigen Kommission einstimmig verabschiedet.

Noch kein umfassendes Bild

Umso erstaunlicher ist, dass sich die Baselbieter Parteien bis heute zurückhaltend zum Fall geben. «Wir sind noch nicht ganz in der Opposition angekommen», sagt die neue Co-Präsidentin der SP, Regula Meschberger. Dass man sich bis jetzt nicht lautstark geäussert habe, liege daran, dass der Bericht etwas unverbindlich sei. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ihr die detaillierteren Anhänge der Finanzkontrolle nicht zugänglich seien. «Das macht eine klare Stellungnahme schwieriger.»

Meschberger gibt nicht die Höhe der Beraterhonorare von 50 bis 60 Millionen Franken zu denken, welche der Kanton jährlich ausgibt. Es sind die falschen Verbuchungen und die mangelnde Effizienz der Vergaben. «Hierzu erwarte ich von der Regierung eine rasche Antwort – in einer der nächsten beiden Landratssitzungen. Und nicht,

dass sie sich wieder herauswindet.» Die selbstaufgelegte Zurückhaltung der Parteien zur Berater-Affäre erklärt sich GPK-Präsident Hanspeter Weibel mit einer Art Schockstarre, in der sich das Baselbiet befinde. «Nach der Honoraraffäre der Regierung kommen bereits wieder Missstände ans Tageslicht, sodass fast reflexartig abgewiegelt wird.» Womöglich sei der Bericht auch zahlreichen Verwaltungsangestellten in den falschen Hals geraten, die gute Arbeit machten. «Die Verantwortungsträger sind in den höchsten Lohnklassen 5 bis 1 zu finden.» An ihrem anständigen Lohn orientiere sich die Kritik der GPK. «Es gibt aber sehr viele Verwaltungsbeamte, die gute Arbeiten abliefern, sonst wäre der Kanton längst bankrott», sagt Weibel.

Kennzeichnend für die Situation im Kanton Baselland sei, dass die Bandbreite der beanstandeten Mängel vielschichtig ist. Es gebe durchaus Regelungen, die aber nicht eingehalten und deren Einhaltung noch weniger kontrolliert wurden. Das sei ein Hinweis dafür, dass der Kanton adressierbare Defizite in der Führung habe.

Kritik schon vor Jahren erhoben

Dabei ist die Kritik an den Beraterhonoraren im Kanton Baselland nicht neu. Der frühere Chefbeamte Karl Willmann, Vorgesetzter von damals 60 Angestellten im Vermessungsamt, hat als Landrat Themen wie Controlling und Honorare in seinen Vorstössen aufgenommen. Erst nachdem er in den Landrat gewählt worden sei, habe er erfahren, dass einige Chefbeamte Beraterhonorare im grossen Stil über separate Konten abrechnen würden. Das System sei immer dasselbe gewesen: «Die Regierung und Chefbeamten hatten einen Entscheid gefällt, wagten ihn aber nicht zu kommunizieren. So such-

ten sie einen Berater, den sie vorschreiben konnten.» Im Rahmen von Sparüberlegungen vor fünf, sechs Jahren, habe man diese Auswüchse in einem Thinktank-Gremium zu deckeln versucht und vorgeschlagen, die Budgets um mehrere Millionen zu reduzieren. «Das ist aber bei der Regierung gar nicht auf Gegenliebe gestossen.»

Know-how verloren gegangen

In diesem Thinktank-Gremium war auch Landrat Klaus Kirchmayr. «Die Anzahl der Mängel ist erschreckend. Das ist enttäuschend vor dem Hintergrund, dass die Finanzkommission das Thema schon einmal untersucht hat und sich wenig geändert hat», sagt Kirchmayr.

Es gebe zwei Ebenen, die im Bericht angesprochen würden. Die eine sei die fehlende Effizienz der Berater und das entsprechend fehlende Controlling, was zwingend verbessert werden müsse. Die andere Ebene sei die Personalsituation des Kantons. In Anbetracht der Verwaltungslohnsomme von 625 Millionen Franken, sei der Anteil an Beraterhonoraren von 50 Millionen Franken nicht überbordend hoch.

«Mit acht Prozent verhält sich der Kanton Baselland nicht anders als die Industrie, der Bund und die anderen Kantone», sagt der Consultant. Aber die Departementsvorsteher hätten bewusst auf Know-how-Aufstockung in der Verwaltung verzichtet und das Personal «dünn gehalten» – explizit in der Gesundheitsdirektion. Das Manko wurde mit externen Beratungen wettgemacht. «Wie verheerend diese Politik ist, zeigt sich jetzt exemplarisch in der Gesundheitsdirektion, die mit der Budgetierung der Spitalkosten heillos überfordert ist.» Dort haben sich die Kosten innerhalb von fünf Jahren von 250 auf 360 Millionen erhöht.

Frau getötet

Polizei hat kaum Anhaltspunkte

Basel. Ein Portugiese hat am Freitagmorgen in einer Wohnung an der Hegenheimerstrasse, nahe Rixheimerstrasse, eine tote Schwarzafrikanerin gefunden. Die Frau wies Stich- und Schnittwunden am Körper auf, wie die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt mitteilte. Bezüglich Tathergang, Tatwaffe und Identität des Opfers können die Ermittler keine Angaben machen, weil die Identität der Frau noch nicht geklärt sei sowie andere Fragen rund um das Delikt offen seien. «Wir stehen ganz am Anfang der Untersuchungen und ermitteln in alle Richtungen», sagt Staatsanwaltschafts-Sprecher René Gsell. Für das Tötungsdelikt wurde eine Sonderkommission eingesetzt. hws

ANZEIGE

16.-19. MAI 2015
Rosentalanlage, Basel

TICKETS DASZITZCH ODER TICKETDORNEN

YOUNG STAGE
INTERNATIONAL
CIRCUS FESTIVAL BASEL
www.young-stage.com

ANZEIGE

in-tuition
Fördern nach Fähigkeiten

Bessere Noten.

- Nachhilfe
- Prüfungsvorbereitung
- Individuelle Schulprogramme
- Hausaufgaben-Betreuung
- Ferienprogramm

Telefon 061 260 20 25 www.in-tuition.ch